

Ein bekannter japanischer Politiker fordert den baldigen Abzug der US-Truppen aus seinem Land. Wann werden Polit-Promis der Bundesrepublik diesem guten Beispiel folgen?

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 054/09 – 05.03.09**

Japanischer Politiker sagt, es seien zu viele US-Truppen in Japan

STARS AND STRIPES, 01.03.09

(<http://www.stripes.com/article.asp?section=104&article=61036>)

Ein kommender Star der japanischen Politik, Ichiro Ozawa, der Chef der oppositionellen Demokratischen Partei, sagt, er sehe keine Notwendigkeit mehr für die Anwesenheit der meisten US-Truppen in seinem Land.

Letzte Woche äußerte Ozawa in einem Gespräch mit Reportern, es würde reichen, wenn die 7. US-Flotte in Japan bliebe. Der Rest der 47.000 US-Militärpersonen könne nach Hause gehen; das stand in japanischen Zeitungen.

"Wenn Japan sich selbst um seine Angelegenheiten kümmert, ist es nicht mehr notwendig, dass die Vereinigten Staaten so viele Truppen hier stationieren," wird Ozawa auf der Website seiner Partei zitiert. "Japan sollte eine eigene Strategie für den Umgang mit globalen Problemen entwickeln und sich stärker um die eigenen Belange kümmern, damit die Rolle der Amerikaner kleiner werden kann."

Es wird erwartet, dass Ozawa Japans nächster Premierminister wird, weil die regierende Liberal-Demokratische Partei / LDP immer stärker in der Wählergunst absinkt. Bei den letzten Umfragen hat der jetzige Premierminister Taro Aso weniger als 14 Prozent Zustimmung erhalten.

Die LDP hat sich mir ihrer Antwort beeilt und Ozawas Äußerungen als unpassend bezeichnet, weil er damit nur Neuwahlen durchsetzen wolle.

"Die japanische Regierung vertritt die Auffassung, das eine Begrenzung der US-Truppen auf die 7. Flotte unrealistisch ist," äußerte Kabinettschef Takeo Kawamura am Donnerstag vor Reportern.

Ozawa fordert, Japan solle in Fragen der regionalen Sicherheit unabhängiger von den Vereinigten Staaten werden. 2006 haben sich beide Seiten auf eine Umgruppierung der US-Truppen in Japan geeinigt. Dieses Abkommen sieht die größten Veränderungen für Okinawa vor, das jetzt etwas weniger als die Hälfte der US-Truppen und 75 Prozent der US-Basen in Japan beherbergt.

Nach diesem Abkommen sollen die Basen der Marines (Marine-Infanterie) südlich von Camp Foster geschlossen und der Flugplatz der Marines nach Camp Schwab im ländlichen Norden der Insel verlegt werden; etwa 8.000 Marines sollen nach Guam umziehen.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit einer Anmerkung und Hervorhebungen versehen.)

Unser Kommentar

Glückliches Japan, du hast wenigstens einen führenden Politiker, der den Mut hat, vor der Presse den Abzug des Großteils der US-Truppen zu fordern, die sich seit Ende des Zweiten Weltkriegs in seinem Land aufhalten. Natürlich möchte er damit Wählerstimmen fangen. Auf die kann er aber nur deshalb hoffen, weil inzwischen auch die Mehrheit der japanischen Bevölkerung darauf wartet, dass die US-Soldaten endlich abziehen.

Auch in der Bundesrepublik sind seit 1945 ununterbrochen US-Truppen stationiert. Im Kalten Kriege hatte allein die US-Army 213.000 GIs und über 300.000 Zivilisten auf 858 US-Stützpunkte in ganz Westeuropa verteilt. Nach dem Zerfall der Sowjetunion und der Auflösung des Warschauer Vertrages wurde im Pentagon beschlossen, nur noch 28.000 Army-Soldaten und etwas mehr als 60.000 Zivilisten in 6 US-Garnisonen mit 88 Einrichtung in der Bundesrepublik und Italien zu belassen. Jetzt fordert der US-General Carter F. Ham aber plötzlich, die dauerhaft in diesen beiden Ländern stationierten US-Bodentruppen wieder auf mindestens 42.000 Soldaten anzuheben (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP05009_280209.pdf). Das Personal der US-Air Force in Europa und der 6. US-Flotte im Mittelmeer ist in den obigen Zahlen nicht berücksichtigt.

In Italien stehen führende Politiker wie der ehemalige Präsident Francesco Cossiga der ausufernden US-Präsens durchaus kritisch gegenüber (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_07/LP01707_200107.pdf).

Wenn sich deutsche Politiker zur andauernden Anwesenheit des US-Militärs äußern, singen sie meistens Lobeshymnen auf den angeblich unverzichtbaren "Wirtschaftsfaktor US-Streitkräfte" – der wegen des schwankenden Dollarkurses und der zunehmenden Autarkie der US-Basen kaum noch messbar ist – oder sie versuchen die Schließung von US-Standorten mit Reisen nach Washington und teuren Lockangeboten an das Pentagon zu verhindern (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP23708_011208.pdf).

Wer die Schließung der US-Basen und den Abzug aller US-Truppen aus der Bundesrepublik fordert, muss damit rechnen, als Neonazi diffamiert zu werden, weil auch die vom Verfassungsschutz gesteuerte NPD mit der ursprünglich linken Forderung "Ami go home!" auf Stimmenfang geht.

Linke Politiker und Wortführer der Friedensbewegung reden von der Auflösung der NATO und neuerdings sogar über die Schließung der einen oder anderen US-Basis, bisher hat aber noch niemand aus diesem Spektrum klar und unmissverständlich den Abzug aller US-Truppen aus der Bundesrepublik gefordert.

Im Superwahljahr 2009 muss auch in der Bundesrepublik hart um jede Wählerstimme gerungen werden. Wer sich glaubhaft für die Schließung der US-Flugplätze Ramstein und Spangdahlem und den Abzug aller US-Truppen einsetzt, dürfte zumindest in der Eifel, in der Westpfalz und im Saarland gute Chancen haben, auch gewählt zu werden.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern